

740.000 Euro für Nationalparkplanung in NRW: Steuergelder oder Ressourcenverschwendung?

NRW hat 740.000 Euro für die Suche nach einem neuen Nationalpark ausgegeben. Kritiker werfen der Landesregierung Steuerverschwendung vor.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) ist die Suche nach einem zweiten Nationalpark ins Stocken geraten, während die Landesregierung beachtliche Summen in die Unterstützung der Standortsuche investiert hat. Die aktuelle Situation wirft Fragen über die Effektivität der Maßnahmen und die Zufriedenheit der beteiligten Akteure auf.

Hohe Kosten für wenig Ergebnis

Um die interessierten Regionen bei der Diskussion um einen neuen Nationalpark zu unterstützen, hat die Landesregierung NRW bis zu diesem Zeitpunkt rund 742.000 Euro ausgegeben. Diese Ausgaben wurden in einem Bericht des Umweltministers Oliver Krischer (Grüne) an die SPD-Landtagsfraktion offengelegt. Der SPD-Umweltexperte René Schneider kritisierte die Ausgaben scharf: „Das klingt nach massiver Steuerverschwendung“, äußerte er. Die erbrachten Leistungen der beauftragten Agenturen würden als „mehr als dürftig“ bezeichnet, was zu einem tiefen Unmut innerhalb der politischen Reihen führt.

Regionale Unterstützung als Herausforderung

Die Agenturen „PD – Berater der öffentlichen Hand“, Zebralog und Pressto sollten die Standortsuche begleiten und Anfragen beantworten. Dennoch haben diese Agenturen nach Angaben des Ministeriums zwischen dem 11. Juli 2023 und Ende Mai 2024 insgesamt 966 Briefe verschickt und lediglich 19 Telefonate geführt. Dabei kam es in den Landstrichen um den Arnsberger Wald, die Egge, den Reichswald im Kreis Kleve und den Rothaarkamm zu sporadischen Aktivitäten, während in manchen Regionen das Engagement der Agenturen als unzureichend wahrgenommen wird.

Ein schwerfälliger Prozess

Besonders im Egge-Gebiet zeigten engagierte lokale Gruppen Interesse an der Schaffung eines Nationalparks. Hier wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen organisiert, die bis Anfang Juni stattfanden. Im Gegensatz dazu blieb die Unterstützung für den Arnsberger Wald nach einer ersten Beratung aus, was laut Schneider auf eine erhebliche Untätigkeit hindeutet. Interessanterweise gab es seit Januar 2024 im Reichswaldgebiet keinerlei Unterstützungsleistungen, obwohl zahlreiche Veranstaltungen stattfanden.

Ständige Suche nach dem idealen Standort

Aktuell ist der Reichswald im Kreis Kleve das einzige verbleibende Gebiet im Rennen um den Nationalparkstatus. Die schwarz-grüne Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, einen weiteren großen Schutzraum für die Natur zu schaffen, aber der derzeitige Findungsprozess verläuft alles andere als reibungslos. Dieses frustrierende Vorgehen spiegelt eine größere Herausforderung wider, der sich viele Bundesländer gegenübersehen, wenn es um den Naturschutz und die Umsetzung von Umweltprojekten geht.

Fazit: Ein dringender Handlungsbedarf

Die hohen Ausgaben für die Suche nach einem neuen Nationalpark in NRW und die offensichtlichen Mängel in der Umsetzung unterstreichen die Notwendigkeit eines klareren, effektiveren Ansatzes in der Umweltpolitik. Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert, die Erwartungen der Bevölkerung an den Naturschutz ernst zu nehmen und durch konstruktive Zusammenarbeit voranzukommen. Ob der geplante Nationalpark Wirklichkeit wird, hängt davon ab, ob Brot und Butter in den nächsten Schritten gewährleistet werden können.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de